Dienstag, 22. Februar 2022

Ibbenbürener Volkszeitung

Westfälische Nachrichten · Tecklenburger Kreisblatt

IBBENBÜREN · HÖRSTEL · HOPSTEN · METTINGEN · RECKE · TECKLENBURG · WESTERKAPPELN · LOTTE

Tag 9°
Nacht 2°

Bei wechselnder Bewölkung trocken. Später zeitweise Regen. In Böen stürmischer Wind.

POLITIK

Wüst und Söder wollen Pendlerpauschale erhöhen

AUS ALLER WELT

Britisches Königshaus: Affären über Affären – und nun Corona

IVZ-aktuell.de

Einzelpreis 2,10 €

Heute im Lokalteil

Jan Spieker Deutscher Meister

MÜNSTERLAND. Mit neuer persönlicher Bestleistung sicherte sich Jan Spieker vom Armstrong Bihren bei den Deutschen Winterwurfmeisterschaften in Sindelfingen im Speerwerfen mit einer Weite von 64,53 m den Titel in der Altersklasse U18. Hochspringerin Joana Hermann vom Stuttgarter Kickers (1,20) gewann Bronze. ■ Lokales Sport

Alterspyramide gerät außer Form

WESTERKAPPELN. Die Bevölkerungspyramide gerät immer mehr außer Form. Das spiegelt sich auch in Westerkappeln wider. Der Anteil der Senioren über 65 macht mittlerweile einen Anteil von 20,9 Prozent aus. Und die Babyboomer kommen noch. Demgegenüber stehen Kinder und Jugendliche: Nur 14,5 Prozent der Einwohner sind jünger als 15 Jahre. ■ Westerkappeln

Kindergarten-Anbau ist fertig

RECKE. Knapp anderthalb Jahre musste der CJD-Elisabeth-Kindergarten zwei Gruppen in provisorischen Wohncontainern betreuen. Jetzt ist der Anbau fertig und die Einrichtung hat wieder alle Kinder und alle Beschäftigten unter einem Dach. Einen Termin für eine Einweihungsfeier gibt es noch nicht. Erst im Sommer wird es voraussichtlich soweit sein. ■ Recke

IVZ Kompact — **Die IVZ-Apps** — Die Ibbenbürener Volkszeitung an jedem Ort zu jeder Zeit lesen! — **IVZ** aktuell

Zitat

«Mir ging es um mein Vergnügen, indem ich als Zumpanu mit Gefolge in der deutschen Karnevalshochburg Köln auftreten konnte.»

Ex-Sparda-Chef Enrico Kohl vor Gericht

Kommentar

Habecks Pläne für späteren Renteneintritt

Halbgarer Vorstoß

Von Claudia Kramer-Santel

Die Arbeitgeber machen dem Bundeswirtschaftsminister Druck. Zum einen stützen die Baby-Boomer mit Siebenmeilenstiefeln im Rentenalter. Zum anderen ist der Fachkräftemangel zum Brennkeiler geworden. Das kostet. Da erinnerte man die „stille Reserve" der Älteren „neu".

Dass Robert Habeck nun ein freiwilliges höheres Rentenrentrittsalter aus dem Hut zaubert, ist einer dieser halbgaren Vorstöße. Den Rahmen dafür gibt es ja schon seit 2017 mit der Flexirente. Dort wurden faktischer Anreize fürs längere Arbeiten geschaffen – zum Beispiel ein dickes Rentenplus. Bislang jedoch wenig erfolgreich. Freiwillig wollte nicht. Nur die Minijobs für Rentner boomten.

Problem: Es ist ja prinzipiell eine gute Idee, dass Ältere länger arbeiten. Das Gros der Arbeitnehmer will, soll oder kann dies aber nicht. Um Ältere wirklich im Spiel zu halten, muss man früher ansetzen – Beispiel Weiterbildung. Doch seien wir ehrlich: Wird man mit diesem Plan die technologische Mega-Aufgabe, der sich die neue Regierung verschrieben hat, schaffen? Ein innovativer Wirtschaftsminister muss angesichts des Fachkräftemangels noch noch ganz andere Karten ziehen.

Ihr Kontakt zur redaktion: 05451/935-0
Anzeigen: 05451/935-40 · Fax: 05451/935-41
Nr. 1 · 2,00 · 22000

Dämmung als Ursache für den Brand?

Der bei einem Brand am Montag zerstörte Wohnkomplex in Essen ist einsturzgefährdet. Derzeit können die Feuerwehr nur Teilbereiche des Gebäudes aus Sicherheitsgründen nicht betreten, sagte ein Feuerwehrgeschoss. Deshalb seien es schwer zu beurteilen, wann die Löscharbeiten abgeschlossen seien. Nach Angaben des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste soll ein neuartiger Roboterhund mit einer Kamera den Brandort erkunden. Über die Brandursache gibt es eine Spekulationen – in den Blick geraten nicht aber die Wärmedämmung der Fassade. Drei Menschen wurden bei dem Brand verletzt. 19 Wohnungen brannten aus. | **Im Westen**

Kreml erkennt selbst ernannte Volksrepubliken Donezk und Luhansk an

Putin rückt in Ostukraine ein

MOSKAU/WASHINGTON/BERLIN (dpa) In der Ukraine eskaliert die Krise. Der russische Präsident Wladimir Putin hat die selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk anerkannt. Das verkündete der Kremlchef am Abend in einer TV-Ansprache, in der er den Westen als Aggressor bezeichnete. Anschließend verlieren er die Entsendung von Truppen in die Ostukraine an. Die Einheiten sollen in Luhansk und Donezk für Frieden sorgen, wie aus einem Dekret hervorgeht, das der Kremlchef am Montag in Moskau unterzeichnet hat.

Putin sprach in der Rede der Ukraine auch das Recht auf Eigenstaatlichkeit ab. Unter russischer Agide werde es ein der ukrainischen Bevölkerung sicher besser gehen als derzeit, so der Präsident.

Zuvor hatte Bundeskanzler Olaf Scholz nach Angaben eines Sprechers vor der Anerkennung der beiden ukrainischen Regionen als unabhängige Staaten gewarnt. Ein solcher Schritt stünde „im krassen Widerspruch" zu den Minsker Abkommen zur friedlichen Beilegung des Konflikts in der Ostukraine und wäre ein „einseitiger Bruch" dieser Vereinbarungen, sagte Scholz nach Angaben seines Sprechers in dem Telefonat mit Putin.

Die beiden Regionen hatten Moskau zuvor um „militärische Unterstützung" gegen die Truppen der Kiewer Regierung gebeten. Damit ist der von Washington und der EU mehrfach befürchtete Vorwand für einen Einmarsch auf das Staatsgebiet der Ukraine gegeben. Somit heizt die Anerkennung der Separatisten-Republiken den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine gefährlich an, der Beschlüsse kommt einer Kriegserklärung gefährlich nah.

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht schrieb auf Instagram: „Unser Blick mit Blick auf Russland und die Ukraine ist eindeutig. Wir setzen auf klare und glaubwürdige Abschreckung. Es ist unerträglich, dass in Europa erneut Grenzen gewaltsam verschoben werden." Der Konflikt könne nicht militärisch gelöst werden.

Russland hat nach westlichen Angaben mittlerweile 150 000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen. | **Hintergrund**

Mordfälle sinken erheblich

DÜSSELDORF (bzd). Die registrierte Kriminalität ist in NRW auf den niedrigsten Stand seit 1985 gesunken. Die Zahl der erfassten Straftaten ist zum sechsten Mal in Folge rückläufig, berichtet NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Montag. Im Vergleich zum Vorjahr ging ihre Zahl um 1,2 Prozent auf 1,2 Millionen Taten zurück. Die Aufklärungsquote stieg auf 53,6 Prozent – die zweithöchste, die jemals für NRW erfasst wurde.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche sank im Vergleichszeitraum um 25 Prozent. Mord und Totschlag gingen um 17,2 Prozent auf ein Jahes-Jahres-Tief zurück. Straftaten mit Messern als Tatwaffe gingen um 5,8 Prozent zurück. In diesem Bereich ist der Anteil nicht deutscher Verdächtiger mit 62,6 Prozent besonders hoch. Mehr als verdoppelt haben sich dagegen die Fälle von Kinderpornografie (plus 137 Prozent). | **Im Westen**

Neue Corona-Regeln sollen am 18. März kommen

BERLIN (dpa) Das geplante Gesetz für den künftigen Corona-Basischutz soll nach den Plänen der Ampel-Koalition erst unmittelbar vor dem Auslaufen der meisten Auflagen beschlossen werden. Am 9. März sollen die Eckpunkte im Kabinett beraten werden, hieß es.

Am 18. März soll die zweite und dritte Lesung im Bundestag sowie – in einer Sondersitzung – die Entscheidung im Bundesrat stattfinden. Am Mittwoch hatten Bund und Länder den Wegfall der meisten Corona-Auflagen ab 20. März vereinbart. Von den Koalitionspartnern SPD, Grüne und FDP sind seither unterschiedliche Einschätzungen dazu laut geworden, welche Maßnahmen ab 20. März noch gebraucht werden. Die FDP pochte am Wochenende auf „Normalität" ab 20. März.

Minister will Fachkräftemangel mit freiwilliger Mehrarbeit ablehnen

Habeck plädiert für spätere Rente

Robert Habeck Foto: dpa

BERLIN (dpa/zz) Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat eine neue Debatte über die Rente losgetreten. Weil schon jetzt nicht genug geeignete Fachkräfte zu finden seien, setzt der Grüne darauf, dass Arbeitnehmer freiwillig länger arbeiten. Habeck: „Man sollte flexibel länger arbeiten können. Das wäre ein doppelter Gewinn: Wer will, kann sein Wissen, sein Können, seine Erfahrung noch länger einbringen. Und weiter: „Wir sollten alles über so etwas wie ein Rentenarbeitsfreiwilligenjahr nachdenken."

In einem Papier des Ministeriums heißt es, der Fachkräftemangel werde sich in den kommenden Jahren verschärfen. Mit dem Übergang der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand werde die Zahl der Erwerbspersonen signifikant zurückgehen. Gleichzeitig würden die Digitalisierung und die Transformation hin zur Klimaneutralität den Fachkräftebedarf erhöhen beziehungsweise verändern.

Der spätere Renteneintritt soll mit finanziellen Anreizen verbunden werden. Nach geltender Rechtslage wird die Altersgrenze für die Rente ohne Abschläge bis 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Laut Papier des Ministeriums gehen die Deutschen im Schnitt aber schon mit 64 Jahren in Rente.

„Der Vorschlag von Robert Habeck ist völlig richtig – allerdings schon längst überfällig", sagt CDU-Vize Carsten Linnemann, der die Flexirente initiiert hatte. | **Kommentar**

ALUMINIUMBAU.de

Neueröffnung in Münster

Die Filiale Mettingen feiert mit!
10% Rabatt auf Überdachungen
und 20% Rabatt auf Markisen

Hauptstraße 20 | 49497 Mettingen | Telefon 05452 934 3000
Über WhatsApp erreichbar unter: 0163-2 88 24 80
www.arbt-aluminiumbau.de